



SSK - Schweizerische Staatsschreiberkonferenz
CCE - Conférence suisse des Chanceliers d'Etat
CCS - Conferenza svizzera dei Cancellieri di Stato

Tätigkeitsbericht

für den Zeitraum vom 1. Juli 2021 bis 30. Juni 2022

www.cce-ssk.ch

info@www.cce-ssk.ch



Inhaltsverzeichnis

1	Organe und Mutationen	3	3.7	Steuerungsausschuss E-Government Schweiz (politisches Führungsgremium der DVS seit dem 10. März 2022)	8
1.1	Zusammensetzung des Vorstands	3	3.8	Fachgruppe Cyber (SVS)	9
2	Tätigkeiten der Konferenz	4	3.9	Institutsrat des Instituts für Föderalismus	9
2.1	Vorstandssitzungen	4	3.10	Weitere Vertretungen	9
2.2	Plenarkonferenzen	4	3.10.1	Planungsausschuss E-Government Schweiz	9
2.2.1	Herbstkonferenz vom 3. September 2021 in Glarus	4	3.10.2	interkantonale Fachgruppe E-Government der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz (AG e-Gov)	10
2.2.2	Frühjahrskonferenz vom 22. März 2022 in Neuenburg	4	4	Laufende Projekte	11
2.2.3	Studienreise nach Brüssel	5	4.1	E-Voting	11
2.3	Arbeitsgruppe «Zukunft»	6	4.1.1	Steuerungsausschuss Vote électronique (SA VE)	11
3	Vertretung in anderen Institutionen	7	4.1.2	Arbeitsgruppe Staatsschreiberinnen und Staatsschreiber	12
3.1	Konferenz der Konferenzpräsidien	7	5	Sonstige Tätigkeiten	13
3.2	Konferenz der Sekretariate der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo)	7	5.1	Veröffentlichung von Studien	13
3.3	Vorstand der Gesellschaft für Parlamentsfragen	7	5.2	Interkantonale Vergleiche	13
3.4	Vorstand der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK)	7	5.2.1	Renten von Staatsrätinnen und Staatsräten	13
3.5	Führungsausschuss der ch-Stiftung	8			
3.6	Organisationskomitee Seminar Interlaken (Seminar der Kantonsregierungen)	8			

Freiburg, im August 2022

Korrespondenzadresse:

Schweizerische Staatsschreiberkonferenz, c/o Staatskanzlei Freiburg, Chorherrengasse 17, 1701 Freiburg, Tel.: +41 (0)26 305 10 80. E-Mail: info@ssk-cce.ch, www.cce-ssk.ch

Titelbild: SSK Reise nach Brüssel 2022, von links nach rechts: Barbara Schüpbach, Präsidentin SSK; Botschafterin Rita Adam; Botschafter in Belgien Philippe Brandt

1 Organe und Mutationen

1.1 Zusammensetzung des Vorstands

Im Berichtsjahr setzte sich der Vorstand wie folgt zusammen:

Präsidentin	Barbara Schüpbach-Guggenbühl, BS
Vizepräsident	Stefan Bilger, SH
Vertreter des Bundes	Walter Thurnherr, Bundeskanzler
Generalsekretärin	Danielle Gagnaux-Morel, FR
Verantwortlicher Institutionen	Roger Nobs, AR

2 Tätigkeiten der Konferenz

2.1 Vorstandssitzungen

Im Berichtsjahr trat der Vorstand viermal zusammen: am 20. August 2021, am 29. November 2021, am 31. Januar 2022 und am 27. Juni 2022.

Die Covid-19-Pandemie beschäftigte den Vorstand der SSK an seinen ordentlichen Sitzungen. Nach dem Austausch bei der Frühjahrskonferenz 2021 wurden die Kanzleien zur wichtigsten Anlaufstelle für Vernehmlassungen des Bundes. Der Vorstand verschaffte sich regelmässig einen Überblick über die Lage und tauschte sich über die Massnahmen, die in den verschiedenen Kantonen und Regionen ergriffen wurden, aus. Auf institutioneller Ebene wurde die Frage der Vernehmlassungen zur Covid-19-Gesetzgebung, die mit grosser Häufigkeit und oft sehr kurzen Fristen anfielen, diskutiert. Die Änderung der «Eingangstür der Kantone» wurde einhellig als Verbesserung angesehen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Einbezugs der Regierungen als Ganzes.

Auch das Thema der elektronischen Stimmabgabe wurde im Vorstand der SSK weiter behandelt. Insbesondere die Vernehmlassung zur Teilrevision der Verordnung über die politischen Rechte und die Totalrevision der Verordnung der Bundeskanzlei (BK) über die elektronische Stimmabgabe waren Gegenstand der Diskussionen. Die Governance und die Kompetenzverteilung zwischen Bund, Kantonen und Systemanbietern gehören zu den diskutierten Anliegen, vor allem in einer längerfristigen Perspektive. Dieses Thema wird von der Arbeitsgruppe Zukunft übernommen. Schliesslich wurde auch über E-Collecting gesprochen. Dieses Thema wird in naher Zukunft auf zunehmendes Interesse stossen.

2.2 Plenarkonferenzen

2.2.1 Herbstkonferenz vom 3. September 2021 in Glarus

An der Herbstkonferenz wurden die Jahresrechnung und der Jahresbericht sowie der Voranschlag 2021-2022 und die Höhe des Mitgliedsbeitrags verabschiedet. Der Vorstand wurde wiedergewählt.

Die Versammlung diskutierte die laufende Beurteilung des Managements der COVID-19-Krise. Mehrere Mitglieder wiesen auf die Problematik der Vernehmlassungsfristen hin, und die Diskussion richtete sich insbesondere auf die Frage, ob bei jeder Änderung des COVID-19-Gesetzes immer eine Vernehmlassung nötig ist. Einige sind der Ansicht, dass dies nicht der Fall ist, andere sehen die Lösung in einer Neubeurteilung der Kompetenzen des Bundes.

Die Versammlung wurde über die ersten Ergebnisse der Vernehmlassung zur Revision der Verordnung über die politischen Rechte informiert und die Rückmeldungen waren insgesamt positiv. Auch die Frage der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Kantone, die an den E-Voting-Versuchen teilnehmen, wurde angesprochen. Bund und Kantone beschliessen, sich dafür einzusetzen, dass diese Kosten im Rahmen der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS) als förderungswürdig betrachtet werden können.

Mehrere Kanzler/innen gaben an, dass e-Collecting in ihren jeweiligen Kantonen mit parlamentarischen Vorstössen zum Thema wird. Die SSK wird das Thema in Zukunft nahe mitverfolgen.

2.2.2 Frühjahrskonferenz am 22. März 2022 in Neuenburg

Die Frühjahrskonferenz 2022 bot die Gelegenheit, sich in Anwesenheit von Peppino Giarritta, dem Beauftragten des Bundes und der Kantone, ein Bild vom Stand und der Planung der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS) zu machen. Die erste Phase der Umsetzung der DVS begann 2022 mit der Bildung des politischen Organs. Diese Phase dürfte vier Jahre dauern. Die DVS umfasst vier Bereiche, nämlich Digitalisierungsprojekte, Unterstützungsdienste für Gemeinwesen im Bereich Digitalisierung und IKT, Förderung und Standardisierung

der Interoperabilität sowie Grundlagen und Rahmenbedingungen. Das letztgenannte Thema ermöglicht die Integration von E-Voting in die DVS.

Schwerpunkt der Konferenz bildete das Thema Regulierungsfolgenabschätzung. Patrick Zenhäusern und Dr. Stephan Vaterlaus als Vertreter der Polynomics AG führten in die Thematik ein. Im Vordergrund standen dabei Begriff, Methodik und Anwendungsbereiche der Regulierungsfolgenabschätzung. Unterlegt wurden die Ausführungen mit konkreten Beispielen aus der reichhaltigen Praxis von Polynomics. Eric Scheidegger ging in seinem Referat auf die Praxis und die Erfahrungen im Bund ein. Ein wichtiges Element ist der "Quick Check" im Rahmen der Erarbeitung neuer Erlasse – ein einfach zu handhabendes Instrument. Abschliessend erläuterte Eric Scheidegger zwei aktuelle Projekte – das Unternehmensentlastungsgesetz und die Regulierungsbremse. Die anschliessende Diskussion zeigte auf, dass die Kantone im Bereich Regulierungsfolgenabschätzung eher zurückhaltend sind. Einzelne Kantone haben einfache Modelle im Sinne des "Quick Checks" etabliert. Viele Kantone kennen keine vergleichbare Methodik.

Auch die Zukunft einiger bereits bestehender Gremien wurde diskutiert, darunter die Schweizerische Informatikkonferenz (SIK) oder die Arbeitsgruppe E-Government der SSK. Die SIK wird aufgrund ihrer Rolle bei der Unterzeichnung einer Reihe von Standardverträgen und allgemeinen Bedingungen für die Unterzeichnung von Verträgen im IT-Bereich, die kurzfristig nicht von der DVS übernommen werden können, zumindest kurzfristig nicht vollständig aufgelöst werden. Die AG E-Government sollte grundsätzlich weiter bestehen und der DVS in Form eines Reflexionsgremiums als operative und strategische Beratung dienen. Dies muss jedoch noch vom Vorstand vorgeschlagen werden.

Die SSK empfing Ariane Rusticelli, Direktorin der Auslandschweizer-Organisation, anlässlich der Frühjahrskonferenz. Sie war gekommen, um die Schwierigkeiten darzulegen, die einige Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer haben, um ihre Stimme bei Abstimmungen gültig abzugeben. Manchmal sind die Fristen zwischen dem Erhalt und der Rücksendung des Stimmmaterials tatsächlich zu kurz. Es werden mehrere Lösungsansätze diskutiert, darunter die elektronische Stimmabgabe oder der Versand mit konsularischer Post. Ein Bericht als Antwort auf ein Postulat zu diesem Thema ist in Arbeit, und sowohl die SSK als auch die ASO ersuchen darum, während des Abfassungsprozesses angehört zu werden, vielleicht im Rahmen einer Arbeitsgruppe. Ein anwesender Vertreter der BK nahm diese Ersuchen zur Kenntnis.

Schliesslich wurde das Intlex-Projekt vorgestellt, das LexFind möglicherweise ergänzen oder sogar ersetzen soll. Dieses Tool bietet im Vergleich zu LexFind eine Reihe von Vorteilen bei Vollständigkeit, Aktualität und Terminologie.

2.2.3 Studienreise nach Brüssel

Die langjährige Tradition, alle drei Jahre eine Studienreise durchzuführen, fand in diesem Jahr eine Fortsetzung mit einer Reise nach Belgien. Ziel der Weiterbildungsreisen der SSK ist das Studium und die Analyse des Staatsaufbaus, der Staatsstrukturen, der Zuständigkeiten und Aufgaben der verschiedenen Staatsebenen und das Verständnis der politischen Prozesse in den jeweiligen Strukturen bzw. Staaten. Daneben sollen auch kulturelle und touristische Besonderheiten die Eindrücke und Erkenntnisse ergänzen.

Nach der Anreise per Zug oder Flugzeug führten der Schweizer Botschafter in Belgien, Philippe Brandt (Titelbild) und die stellvertretende Missionschefin Frau Caroline Trautweiler in das Land Belgien ein. Dabei wurden wir das erste Mal mit dem unübersichtlichen Staatsaufbau Belgiens konfrontiert. Belgien besteht aus den Regionen Flandern, Wallonien und Brüssel-Hauptstadt. Daneben bzw. überlappend bilden die Flämische, die Französische und die Deutschsprachige Gemeinschaft das politische Grundgefüge des Landes. Der Staatsaufbau Belgiens ist komplex, weil unter anderem die Hoheitsgebiete der Regionen mit jenen der Gemeinschaften nicht deckungsgleich sind.

Auf diese Weise eingestimmt, konnten wir einen abwechslungsreichen Tag in Antwerpen verbringen. Weiter brachte ein Besuch in der Schweizerischen Botschaft sowie in der Schweizer Mission bei der EU aufschlussreiche Einblicke unter anderem in die aktuelle Situation der Beziehungen Schweiz - EU durch Botschafterin Rita Adam (Titelbild) und weitere spannende Referate. Mit Blick auf die Tätigkeit der

Staatsschreiber und Staatsschreiberinnen war das engagierte Referat von Prof. Behrendt, von der Université de Liège, zum Staatsaufbau und zum politischen System in Belgien ein weiterer Höhepunkt. Das Treffen und der Austausch mit dem Echevin en charge de l'Etat civil, de la Population et de la Solidarité internationale der Stadt Brüssel ermöglichte weitere interessante Erkenntnisse zur Funktion der verschiedenen Staatsebenen in Belgien. Auf Einladung des Schweizer Botschafters durften wir sodann einen anregenden Abend in seiner Residenz verbringen. Zum Abschluss der Reise konnten wir die Stadt Brüssel von ihrer attraktiven Seite kennenlernen und besuchten unter anderem das Atomium und erkundeten die Altstadt, wobei eine Degustation der traditionellen Biere Belgiens nicht fehlen durfte.

Es gilt nun, die verschiedenen Erkenntnisse und Eindrücke zu verarbeiten und diese soweit möglich in unsere Arbeit für die kantonalen Regierungen einfließen zu lassen.

An dieser Stelle sei der Schweizer Botschaft in Brüssel mit dem Missionschef Philippe Brandt noch einmal herzlich gedankt für die organisatorische Unterstützung und für die Begleitung vor Ort sowie für die Gastfreundschaft.

Dr. Stefan Bilger, SH

2.3 Arbeitsgruppe «Zukunft»

Die Arbeitsgruppe «Zukunft» hat an zwei Sitzungen im Januar 2022 und Juni 2022 ihren Auftrag zur Massnahme B.10 des Schlussberichts zur Neuausrichtung und Wiederaufnahme der Versuche für Vote Electronique geklärt und geschärft. Sie hat dazu eine Problemanalyse erarbeitet und den Governance-Soll-Zustand erörtert. Ausserdem hat sie die Organisation der Arbeiten und das weitere Vorgehen diskutiert. Es ist geplant, die Staatsschreiberkonferenz im Frühling 2023 mit dem Geschäft zu befassen. Sodann hat die Arbeitsgruppe die Idee einer interdisziplinären Fachtagung zum Thema «Intervention vor Wahlen/Abstimmungen» in der zweiten Jahreshälfte 2023 diskutiert und weiter vorangetrieben.

Christoph Auer, BE

3 Vertretung in anderen Institutionen

Im Berichtsjahr wurde die Konferenz von einigen ihrer Mitglieder oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kanzleien in verschiedenen Institutionen vertreten. Ihre Vertreter berichten in den folgenden Absätzen kurz über ihre Tätigkeit.

3.1 Konferenz der Konferenzpräsidien

Die SSK war an der Präsidienklausur vom 2. Februar 2022 vertreten, die Sitzung vom 3. September 2021 fiel terminlich mit der Herbstkonferenz in Glarus zusammen. An der Klausur wurden unter anderem das Föderalismuscockpit, die Auswertung des Covid-Krisenmanagements, die DVS und die Europapolitik thematisiert.

Barbara Schüpbach-Guggenbühl, BS

3.2 Konferenz der Sekretariate der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo)

Im Berichtsjahr führte die KoSeKo seit längerem wieder eine Weiterbildung durch. Der Halbttag war dem Thema Vernehmlassungen des Bundes gewidmet. Prof. Felix Uhlmann ging dabei auf verschiedene Fragen ein, die insbesondere die Kantone bzw. die Direktorenkonferenzen bei der Bearbeitung von Vernehmlassungen des Bundes zu beachten haben. Die anschliessende Diskussion brachte einige wertvolle Erkenntnisse im Umgang der Konferenzen mit Vernehmlassungen des Bundes zutage. Im Übrigen widmete sich die KoSeKo verschiedener Koordinationsfragen unter den Direktorenkonferenzen.

Roger Nobs, AR

3.3 Vorstand der Gesellschaft für Parlamentsfragen

Die Gesellschaft für Parlamentsfragen (SGP) führte 2021 wieder ein Preisausschreiben durch. Mit der Verleihung werden wissenschaftliche Arbeiten rund um die Legislative prämiert. Die Gesellschaft konnte zwei Hauptpreise für Dissertationen vergeben. Die deutschsprachige Forschungsarbeit (Die parlamentarische Oberaufsicht in den Schweizer Kantonen) beschreibt über den Zeitraum 1990 bis 2017 die Strukturen, Aufgaben und Veränderungen der Oberaufsichtskommissionen aller Schweizer Kantonsparlamente. Die französischsprachige Dissertation «Les modes de désignation des juges» beleuchtet die Schwächen des schweizerischen Systems zur Wahl der Richterinnen und Richter und zeigt Wege auf, wie diese gemildert werden können. Beiden Arbeiten wurde von der Jury eine hohe wissenschaftliche Tiefe attestiert.

Die Jahresversammlung 2021 fand am 13. November 2021 im Luzerner Regierungsgebäude statt. Sie nahm sich der aktuellen besonderen Lage an und widmete ihre diesjährige Jahresversammlung dem Thema: «Was müssen die Parlamente jetzt an die Hand nehmen, um für eine nächste ausserordentliche Lage gewappnet zu sein»? Diskutiert wurde die Rolle der Parlamente in der Krise, Finanzkompetenzen in ausserordentlichen Lagen sowie mit der Schaffung und Nutzung technischer Voraussetzungen bei Bund und Kantonen. Der statutarische Teil stand im Zeichen des Wechsels des Präsidiums von Nationalratspräsident Ruedi Lustenberger zu Ständerat Andreas Caroni, der in den nächsten Jahren der SGP vorstehen wird. 2022 wird die Jubiläums-Tagung in Bern im Bundeshaus stattfinden.

Hansjörg Dürst, GL

3.4 Vorstand der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK)

Der Vorstand tagte im Berichtszeitraum in verkleinertem Format, insbesondere um die Integration der SIK in die DVS zu begleiten. Neben den statutarischen Aufgaben lag der Schwerpunkt der Tätigkeit auf dem Projekt zur

Integration der SIK in die künftige Digitale Verwaltung Schweiz (DVS). Die SIK verwaltet weiterhin die Rahmenverträge und allgemeinen Geschäftsbedingungen für die öffentlichen Verwaltungen der Schweiz, bis die rechtlichen Grundlagen der DVS die Übernahme dieser Tätigkeiten ermöglichen. Das Sekretariat der SIK wurde von der DVS übernommen. Wegen mangelnder Teilnahme an der Versammlung der SIK mussten die statutarischen Beschlüsse auf dem Zirkulationsweg gefasst werden.

Danielle Gagnaux-Morel, FR

3.5 Führungsausschuss der ch-Stiftung

Der Führungsausschuss trat zweimal zusammen, am 11. November 2021 und am 19. Mai 2022. Die Schwerpunktthemen für das Jahr 2022 wurden festgelegt, nämlich *Föderalismus und Medienwandel, Einführung und Verwaltung des ch Blogs*, Einrichtung einer *Fachkonferenz, die der Staatsbürgerschaft gewidmet ist*, und Arbeiten am Projekt «*Föderalismus 2050*». Die Online-Schaltung des ch Blogs und die Entscheidung, eine Fachkonferenz zum Thema Staatsbürgerschaft zu starten, sind zweifellos die Höhepunkte des Berichtsjahres. Ausserdem wurde der Föderalismuspreis, dessen Jury die Unterzeichnende angehört, für das Jahr 2022 an das *Forum per l'italiano in Svizzera* verliehen. Da Präsident Pascal Broulis bei den kantonalen Wahlen nicht mehr kandidierte, wurde Florence Nater, Staatsrätin des Kantons Neuenburg, zur Präsidentin der ch Stiftung ernannt. Die Unterzeichnende wurde ebenfalls wieder in den Vorstand gewählt.

Danielle Gagnaux-Morel, FR

3.6 Organisationskomitee Seminar Interlaken (Seminar der Kantonsregierungen)

Auch das Regierungsseminar 2022 musste pandemiebedingt abgesagt werden. Das Organisationskomitee hat sich dann sehr schnell wieder neu orientiert und widmete sich der Organisation des Seminars 2023. Da nun zwei Ausgaben des Seminars ausgefallen sind, musste die Themensetzung für das kommende Jahr neu gemacht werden. Im Fokus für 2023 stehen das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU sowie Fragen der Energieversorgung.

Roger Nobs, AR

3.7 Steuerungsausschuss E-Government Schweiz (politisches Führungsgremium der DVS seit dem 10. März 2022)

Auf den 1. Januar 2022 wurde die Organisationseinheit E-Government Schweiz, in deren Steuerungsausschuss der Unterzeichnende die SSK vertrat, in die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) überführt. Am 10. März 2022 konstituierte sich das politische Führungsgremium und legte das Finanz- und Geschäftsreglement fest. Der Vorsitz wird in Co-Leitung von Bundesrat Ueli Maurer und Regierungsrat Markus Dieth (AG) wahrgenommen. Es nehmen drei Bundesräte, fünf Vertreterinnen und Vertreter der kantonalen Regierungen und drei Vertreter der Städte und Gemeinden im [politischen Führungsgremium](#) Einsitz; Thomas Minger vertritt die KdK, der Unterzeichnende die SSK mit beratender Stimme. Das politische Führungsgremium hatte sodann die Anforderungen an die Mitglieder des operativen Führungsgremiums präzisiert, wo primär die fachlichen Entscheidungsträgerinnen und -träger vertreten sein sollen, die für die digitale Transformation wesentliche Querschnittsaufgaben seitens ihrer Organisation wahrnehmen. Auf Antrag der Kantone werden im operativen Führungsgremium sieben anstelle der ursprünglich fünf Sitze durch die Kantone besetzt. Diese breitere Aufstellung unterstreicht das Engagement der Kantone und gewährleistet eine ausgewogene Vertretung der verschiedenen Regionen der Schweiz. Es ist vorgesehen, die DVS etappenweise aufzubauen. Die erste Etappe ab 2022 sieht die Umsetzung einer politischen Plattform mit Standardentwicklung vor. Für eine Weiterentwicklung der DVS in Richtung politische Plattform mit verbindlicher Standardsetzung (zweite Etappe) sind neue rechtliche Grundlagen nötig. Das politische Führungsgremium hat beschlossen, Varianten zur Weiterentwicklung der Rechtsgrundlagen vorab intern zu diskutieren, bevor diese zur Beratung in den Bundesrat und die Kantonsregierungen gehen. Der Vorstand der SSK hat in der Frühjahrskonferenz 2022

angekündigt, die Rolle der SSK bzw. der seit 2010 bestehenden interkantonalen Fachgruppe E-Government der SSK zu überdenken und Vorschläge für die zukünftige Ausrichtung zu machen.

Daniel Spadin, GR

3.8 Fachgruppe Cyber (SVS)

Die Fachgruppe Cyber des Sicherheitsverbundes Schweiz (SVS) wird geleitet vom Delegierten SVS. Die Fachgruppe Cyber ist daran, die zweite nationale Cyber-Strategie (NCS 2018–2022) umzusetzen. Der Umsetzungsplan «Kantone» beinhaltet folgende Punkte:

1. Entwicklung eines Weiterbildungskonzepts für kantonale Verwaltungen;
2. Malware Information Sharing Plattform von MELANI (#MISP);
3. Präventionskampagne zur Sensibilisierung für Cyberrisiken;
4. Cyber-Übungen mit kritischen Infrastrukturen im Gesundheitssektor;
5. Schaffung einer kantonalen Organisation für Cyber-Sicherheit.

Die Umsetzungsarbeiten kommen plangemäss voran, wobei die SSK nur am Rande davon betroffen ist. Im Berichtszeitraum wurden u. a. das E-Learning-Modul zur Sensibilisierung öffentlicher Angestellter für Cyber-Risiken ausgeschrieben, Weiterbildungen zu #MISP durchgeführt, an verschiedenen Kampagnen zur Sensibilisierung mitgewirkt (z. B. Aufzeigen von Betrugsmaschen bei Online-Marktplätzen, Kryptoratergeber) und eine Cyber-Übung mit einem Zentrumsspital durchgeführt. Diese Übung zeigte, dass sich ein Ransomware-Angriff rasch zu einem Problem entwickeln kann. Das Konzept zur Schaffung der kantonalen Organisation für Cyber-Sicherheit wird derzeit aktualisiert und mit kantonalen Beispielen erweitert. 2022 legt die Fachgruppe einen Schwerpunkt auf die Cyber-Sicherheit in den Gemeinden und wirkt mit an der Erarbeitung der dritten nationalen Cyber-Strategie.

Dr. Mathias Brun, SZ

3.9 Institutsrat des Instituts für Föderalismus

Der Institutsrat des Instituts für Föderalismus hat im Berichtszeitraum am 29. November 2021 und am 28. März 2022 getagt. Er hat dabei die üblichen Standardgeschäfte behandelt und verabschiedet (Geschäftsbericht, Budget, Rechnung usw.).

Christoph Auer, BE

3.10 Weitere Vertretungen

Die SSK wird in einigen nationalen Gremien durch Kader der kantonalen Kanzleien vertreten.

3.10.1 Planungsausschuss E-Government Schweiz

Zwischen September 2021 und dem Jahresende fanden zwei Sitzungen des Planungsausschusses statt.

Sie hatten zum Ziel, das Budget 2022 entsprechend der Umsetzung der neuen Struktur DVS (Digitale Verwaltung Schweiz), in der die Ressourcen von eGov und der SIK (Schweizerische Informatikkonferenz) konzentriert werden sollen, zu konsolidieren. Es war auch wichtig, die Kontinuität der Projekte zu gewährleisten, die sich in der Umsetzung befanden oder die Unterstützung von eGov Schweiz benötigten.

Der Beginn des Jahres 2022 diente der Einführung der neuen Strukturen der DVS:

- > das politische Führungsorgan, das aus drei Bundesräten, fünf Mitgliedern der kantonalen Exekutiven, einem Kanzler und drei Stadtpräsidenten und Gemeindepräsidenten besteht;
- > das operative Führungsorgan mit fünf Vertretern der Bundesverwaltung, sieben Vertretern der Kantone und drei Vertretern der Städte und Gemeinden.

Ausserdem musste die erste Delegiertenversammlung organisiert werden, bei der die Mitglieder des operativen Führungsorgans gewählt wurden. Das operative Leitungsorgan, das letztlich den Planungsausschuss ersetzt (aber auch weitere Aufgaben hat), hielt zwei Sitzungen ab, in denen der Umsetzungsplan, das Arbeitsprogramm ICT 2022, die DVS-Agenda und das DVS-Budget 2022 und 2023 konsolidiert wurden. Es gab auch einen Workshop zur Entwicklung der Strategie DVS 2024+ und deren Finanzierung. Die Arbeit findet in einer positiven Atmosphäre und einem sehr guten Einvernehmen statt.

Silvano Petrini, TI

3.10.2 interkantonale Fachgruppe E-Government der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz (AG E-Gov)

Die interkantonale Fachgruppe E-Government hat zwischen Juni 2021 und Juni 2022 insgesamt 4 Tagungen durchgeführt. Trotz der Corona-Pandemie und dem Durchführen der Sitzungen über virtuelle Kanäle, konnte das Netzwerk unter den Kantonsvertretern, eines der wichtigsten Treiber für die Fachgruppe, weiterhin gepflegt und teilweise sogar ausgebaut werden. Nebst dem Erfahrungsaustausch der laufenden Projekte in den Kantonen oder Neuigkeiten aus dem Bereich E-Government Schweiz respektive Digitale Verwaltung Schweiz (DVS), konnten zahlreiche Fachreferate durchgeführt und anschliessend diskutiert werden. Dabei wurden Themen wie beispielsweise «Identitäten und Logins», «Künstliche Intelligenz (KI)», «Nationaler Adressdienst (NAD)», «E-Collecting» und «Chatbot» behandelt oder die Funktionsweise und die operativen Prozesse rund um die E-Government-Standards des Vereins eCH vermittelt. Der Leitungsausschuss blickt auf ein erfolgreiches Jahr zurück, in dem reichlich Wissen und Erfahrung ausgetauscht werden konnte, von dem schlussendlich jeder einzelne Kanton profitieren kann.

Marc Heuberger, GR

4 Laufende Projekte

4.1 E-Voting

4.1.1 Steuerungsausschuss Vote électronique (SA VE)

Der Bundesrat hatte im Juni 2019 die Bundeskanzlei beauftragt, gemeinsam mit den Kantonen eine Neuausrichtung des E-Voting-Versuchsbetriebs zu konzipieren und anzugehen. Die Anpassung der rechtlichen Grundlagen bestimmte das Berichtsjahr. Auf dieser Grundlage können die Kantone dem Bundesrat nun wieder beantragen, dass sie im Rahmen des Versuchsbetriebs E-Voting anbieten.

Allerdings hat sich die Gruppe der Kantone, die als erste wieder E-Voting einführen, nach dem Rückzug von FR auf vier Kantone verkleinert: TG, SG, BS und GR. Zudem hat sich die Wiederaufnahme nochmals um ein Jahr verzögert und ist nun auf 2023 resp. 2024 (GR) geplant.

Die Anpassungen der Rechtsgrundlagen betrafen die Verordnung zu den politischen Rechten (VPR) und die Verordnung der Bundeskanzlei zur Elektronischen Stimmabgabe (VEleS). Die Vernehmlassung dauerte vom 28. April bis zum 18. August 2021. In der Vernehmlassungsantwort der SSK wurde angeregt, die Frage der Governance terminlich doch zu stärker priorisieren, im Gegensatz zur ursprünglichen Planung. Zudem hielt die SSK fest, dass die Begrenzung des Elektorats auf 30 % nur in der ersten Phase der Wiederaufnahme bestehen bleiben dürfe.

Der Bundesrat beschloss am 25. Mai 2022 die Teilrevision der VPR und nahm Kenntnis davon, dass die (VEleS) per 1. Juli 2022 in Kraft tritt (siehe hierzu: [E-Voting: Neue rechtliche Grundlagen treten in Kraft \(admin.ch\)](#)).

Die Frage der Governance wurde der Arbeitsgruppe «Zukunft» der SSK übertragen. Das Anliegen der Kantone, die Beschränkung der Limiten wirklich nur als temporäre Massnahmen zu sehen, hat der Bundesrat in Art. 27f VPR aufgenommen: Die Höhe der Limiten wird unter Berücksichtigung der Entwicklungen im Bereich von E-Voting regelmässig überprüft. Die Auslandschweizer Stimmberechtigten werden bei der Berechnung der Limite wie bis anhin nicht mitgezählt, und zusätzlich werden auch die Stimmberechtigten mit einer Behinderung, die ihre Stimme nicht autonom unter Wahrung des Stimmgeheimnisses abgeben können, an die 30 % angerechnet.

Die Finanzierungsfrage konnte im Rahmen von DVS entschärft werden: Die Bundeskanzlei hat namens des Steuerungsausschusses einen zusätzlichen Mittelbedarf von 5,96 Millionen Franken für die Jahre 2021 – 2027 beantragt. Es sind Kosten, die im Zusammenhang mit den Massnahmen zur Neuausrichtung stehen. Insbesondere die Weiterentwicklung der Systeme verursacht hohe Kosten, die sich auf aktuell nur vier Kantone verteilen. Gleichzeitig wird die Neuausrichtung von E-Voting für weitere Interaktions- und Partizipationsangebote im Bereich der politischen Rechte wegweisend sein. Die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen mit der Wissenschaft, die konsequente Umsetzung des Prinzips «Sicherheit durch Transparenz», Anforderungen und Verfahren für die Offenlegung der Quellcodes, die Entwicklung neuer Sicherheitstechnologien und der Dialog mit der Öffentlichkeit sind Elemente, die E-Voting zu einem strategischen Projekt für die gesamte Weiterentwicklung des E-Governments machen.

In der Berichtsperiode traf sich der Steuerungsausschuss Vote électronique zu vier Sitzungen (30. August 2021, 4. November 2021, 9. März 2022 und 29. Juni 2022). Der Steuerungsausschuss traf sich mittlerweile zu mehr als vierzig Sitzungen. Er wurde an der Frühlingskonferenz 2011 installiert. In den letzten Jahren wurde er bundesseitig verstärkt durch die Staatssekretärin für Bildung, Forschung und Innovation, den Delegierten des Bundes für Cyber-Sicherheit und einer Vertretung des Nationalen Zentrums für Cybersicherheit. Die Staatsschreiberkonferenz entsendet sechs kantonale Mitglieder.

Die digitale Vorbereitung der Steuerauswahssitzungen unter den Kantonen hat sich bewährt. Die Kolleginnen und Kollegen können sich dabei auf äusserst fundierte Vorarbeiten der kantonalen Projektverantwortlichen stützen, die an dieser Stelle herzlich verdankt sei.

Barbara Schüpbach-Guggenbühl, BS

4.1.2 Arbeitsgruppe Staatsschreiberinnen und Staatsschreiber

Die Arbeitsgruppe der Staatsschreiberinnen und Staatsschreiber für das E-Voting tagte vor jeder Sitzung des Lenkungsausschusses. Ausserdem koordiniert sie die Aktivitäten und die Kommunikation der Kantone in diesem Dossier. Nachdem der Kanton Freiburg auf die Wiederaufnahme der E-Voting-Tests verzichtet hatte, übernahm der Kanton Basel-Stadt die Federführung bei der Kommunikation. Basel-Stadt trägt zusammen mit den Kantonen St. Gallen, Thurgau und Graubünden das Projekt zur Wiederaufnahme der elektronischen Stimmabgabe auf Kantonsebene.

Danielle Gagnaux-Morel, FR

5 Sonstige Tätigkeiten

5.1 Veröffentlichung von Studien

Im Berichtszeitraum wurden von der SSK keine Studien durchgeführt.

5.2 Interkantonale Vergleiche

5.2.1 Renten von Staatsrätinnen und Staatsräten

Im Januar 2022 veröffentlichte der Kanton Genf die Ergebnisse einer Umfrage bei den Kantonen zu den Gehältern, Entschädigungen und Renten der Mitglieder der kantonalen Exekutiven. Daraus geht unter anderem hervor, dass sechs Kantone eine lebenslange Rente kennen, in einigen unter bestimmten Bedingungen, drei Kantone befinden sich in der Phase des Systemwechsels hin zu einer Abschaffung der lebenslangen Rente und die übrigen Kantone haben keine oder keine lebenslange Rente mehr. 23 Kantone antworteten auf die Umfrage. Die Ergebnisse der Umfrage sind im Bereich der Closed Used Group der KdK verfügbar.